

# Einsatz in Chisinau

**Johann Handler arbeitet seit 1. August 2011 als polizeilicher Verbindungsbeamter des Bundesministeriums für Inneres in der Republik Moldau.**

Als Schnittpunkt zwischen Ost- und Südosteuropa ist die Republik Moldau ein wichtiger Partner in der Schwarzmeerregion für Österreich. Um die Sicherheit in Österreich zu gewährleisten, legt die internationale Strategie des Bundesministeriums für Inneres einen Kooperations-schwerpunkt auf die Länder in der östlichen EU-Nachbarschaft. Das BMI unterstützt durch Know-how-Transfer den Aufbau von polizeilichen Strukturen nach europäischem Vorbild.



**Johann Handler: Repräsentant des Innenministeriums in Moldau.**

Polizeiattaché Johann

Handler hat dabei eine koordinierende Funktion. Sein Assistent Ion Gore unterstützt ihn bei sprachlichen Hürden, beim Verstehen der Mentalität und bei administrativen Aufgaben. Vor Handler war ab November 2008 Karlheinz Gortano als Polizeiattaché in Chisinau stationiert. Seit 2008 gab es mehrere Kooperationen und bilaterale Übereinkommen zwischen Österreich und der Republik Moldau, zu denen der polizeiliche Verbindungsbeamte einen wichtigen Beitrag leistete. Bereits 2008 ratifiziert Moldau als Signatarstaat die Polizei-kooperationskonvention für Südosteuropa und wird vom BMI bei der Umsetzung unterstützt. In Kooperation mit der Agentur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ADA) wurden der moldauischen Exekutive zehn gebrauchte Polizeifahrzeuge zur Verfügung gestellt.

**Polizeikooperation.** Im Rahmen des Besuchs der damaligen Innenministerin Dr. Maria Fekter am 25. und 26. September 2010 kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung sowie eines Durchführungsprotokolls für das Abkommen zwischen der europäischen Gemeinschaft und der Republik Moldau über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt. In der Katastrophenhilfe ist Österreich ein wichti-

ger Partner durch Hilfeleistungen, wie beispielsweise bei den Überschwemmungen im Juli 2010. Ein bilaterales Katastrophenhilfeabkommen wird derzeit verhandelt, das voraussichtlich im Frühjahr 2012 unterzeichnet wird. Österreich leistet durch die polizeiliche Zusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Landes und – durch Know-how-Transfer in der Polizeiausbildung – zur Reform der Sicherheitsbehörden.

**Johann Handler** sammelte in seiner Karriere bereits Erfahrungen bei internationalen Missionen. 1995/96 nahm er an der UN-Mission MINURSO zur Organisation eines Referendums in der Westsahara teil. Zwei längere Einsätze führten ihn auf den Westbalkan, von 1999 bis 2000 arbeitete er in Albanien bei der EU-Mission MAPE an der rechtsstaatlichen Ausbildung der lokalen Polizeiorganisation mit und von 2006 bis 2007 war er im Kosovo im Rahmen von UNMIK. Auch als Angehöriger des Einsatzkommandos Cobra nahm er an Auslandseinsätzen teil, wie auf Sri Lanka anlässlich der Tsunami-Katastrophe 2004 und in Thailand während der Flughafenbesetzungen 2008.

**Republik Moldau.** Die von der Landwirtschaft geprägte Republik Moldau liegt an der EU-Außengrenze, zwi-

schen Rumänien und der Ukraine, und damit mitten im Interesse der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Moldau befindet sich in stetigen Verhandlungen mit der EU bezüglich des Assoziierungsabkommens, genau wie andere Staaten der östlichen Partnerschaft (Spezialisierung innerhalb der ENP). Fortschritte gibt es auch im Dialog über Visafragen. Die Verhandlungen über eine Freihandelszone begannen Ende 2011. Moldaus Annäherung an die EU spiegelt sich in den Reformen

wider, etwa am Energiesektor, in der Wirtschaft und in der Justiz. In dieser Aufbruchsstimmung ist es für Österreich wichtig, einen Verbindungsbeamten als direkten Draht in diesem Land zu haben.

Der Fortschritt bei den Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen, der Freihandelszone und der Visa-Erleichterung zwischen der EU und der Republik Moldau ist stark davon abhängig, wie sich die politische Lage entwickelt.

Seit mehr als zwei Jahren gibt es keinen gewählten Staatspräsidenten. Die Verfassung sieht vor, dass der Präsident durch eine qualifizierte Mehrheit im Parlament (mindestens 61 Stimmen) gewählt wird. Die regierende „Allianz für Europäische Integration“ (59 Sitze), ein Zusammenschluss von drei proeuropäischen Parteien, und die Opposition „Kommunistische Partei Republik Moldau“ (KPRM, 42 Sitze) beharren auf ihre eigenen Kandidaten.

**Ein Ausweg** aus der Situation könnten Neuwahlen sein. Es ist fraglich, ob diese eine Veränderung der politischen Konstellationen bewirken. In der Bevölkerung Moldaus herrscht eine Vertrauenskrise in Bezug auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung. Diese zu beobachten und gezielt zu berichten, ist eine der Aufgaben des österreichischen Verbindungsbeamten.

*Vita-Theresa Irsigler*